



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

α.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wie als Künstler, Hamlet's schönes Wort: „Er war ein Mann: nehmt Alles nur in Allem; wir werden nimmer seines Gleichen sehn!“

Aus Schwaben.

Die Wiederaufrichtung des deutschen Reichs ging in Schwaben stiller vorüber, als man nach dem allgemeinen Aufschwung der nationalen Bestrebungen und dem glänzenden Ergebnis der Landtagswahlen im Dezember v. J. hätte erwarten sollen. Die Masse der Bevölkerung war durch die in die Augen fallenden Erfolge der deutschen Waffen und die aufeinander folgenden Siegesfeste allmählig so gesättigt und abgestumpft geworden, daß die ohne äußere Effekte im Weg der Gesetzgebung eingetretene Verwirklichung der Kaiseridee, so lebhaft der Süden früher für dieselbe geschwärmt hatte, kaum mehr eine lebhaftere Bewegung der Geister hervorzurufen vermochte. Man hatte sich seit Sedan in Gedanken bereits über alle Schwierigkeiten der Kabinette hinweggesetzt und glaubte in den bisherigen Siegesfeiern schon dem wieder erstandenen Reich gehuldigt zu haben, so daß man die Versailler Verträge nur noch als etwas, was sich ganz von selbst verstand, betrachtete. Dabei hatten die Wenigsten auch nur eine Ahnung von den Konsequenzen, welche die Aufnahme in das neue Reich für den ganzen Rechtszustand des Landes hatte. Letzterer wurde man, da auch in der Ständekammer keine speciellen Erörterungen hierüber vorher stattgefunden hatten, erst gewahr, als am 1. Januar d. J. die erste Nummer des Regierungsblattes in einem Quartband erschien, enthaltend außer den Verträgen von Versailles und Berlin und der Reichsverfassung nicht weniger denn 32 Gesetze nebst dazu gehörigen Ausführungsverordnungen, welche ihrer Mehrzahl nach gleichsam über Nacht in Wirkung treten sollten. Unter diesen Gesetzen befand sich übrigens eines, welches von der Fama mit Blitzesschnelle in die entferntesten Winkel des Landes getragen wurde, und gerade in den Hütten der Armen, wo die Empfänglichkeit für ideale Interessen bisher am geringsten war, für das neue deutsche Reich wirksamere Propaganda machte, als es alle Bemühungen der nationalen Presse vermochten; nämlich das Gesetz über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung. Wer von seiner Hände Arbeit lebte, der hing bisher in Württemberg, dem demokratischen Musterstaat, sofern er einen eigenen Hausstand gründen wollte, thatsächlich ganz von der Willkür der, namentlich in

den ländlichen Gemeinden, durch die kleinlichsten Localen Rückfichten bestimmten Gemeinderäthe ab, deren einer vor nicht langer Zeit sogar einem öffentlichen Rechtsanwalt die Verehelichungsurlaubniß „wegen mangelnden Nachweises des Nahrungsstandes“ versagte. Es ist wohl der sprechendste Beweis für die Verkommenheit der schwäbischen Demokratie, daß diese, die sonst immer für Freiheit und Menschenrechte zu plaidiren sich den Anschein gab und neuestens wieder aus der Ausnahme der Grundrechte in die Reichsverfassung politisches Capital zu machen suchte, sich nicht scheute, die Erbitterung der Dorfmagnaten über die Emancipation der arbeitenden Klasse und über die drohende Steigerung der Armenunterhaltungslast noch in der letzten Zeit zur Hezerei gegen das neue deutsche Reich auszubeuten. — Im Uebrigen wartete man in Schwaben wie bei jeder Gelegenheit so auch bei der Inauguration von Kaiser und Reich anfangs auf die Initiative der Residenz. Hier aber wollte es bei der Zurückhaltung desjenigen großen Theils der Bevölkerung, welcher seinen Enthusiasmus von den Weisungen der regierenden Kreise abhängig zu machen pflegt, zuerst nicht gelingen, eine allgemeine Manifestation der Freude über die endlich errungene deutsche Reichseinheit ins Werk zu setzen. Im Gegentheil war es dem Oberbürgermeister von Stuttgart, dem untrüglichen Barometer für die in den höheren Regionen jeweilig herrschende Stimmung, mit Aufwendung seines ganzen Einflusses gelungen, die von den bürgerlichen Collegien beabsichtigte Adresse an den deutschen Kaiser zu hintertreiben. Woran der Magistrat zu München — einstimmig — nicht den geringsten Anstand gefunden hatte, das galt jetzt in Stuttgart als ein Majestätsverbrechen. Man sah in jedem unmittelbaren Verkehr der Unterthanen, noch mehr aber der Gemeindebehörden mit dem neuen Reichsoberhaupt einen Verstoß gegen die dem Landesherrn schuldigen Unterthanenpflichten und erklärte namentlich die Schlußformel „allerunterthänigst“ in den an den Kaiser gerichteten Adressen als eine mit jenen Pflichten unvereinbare Illoyalität, ja der Servilismus eines Staatsanwalts ging sogar so weit, aus einer solchen öffentlich aufgelegten Adresse geradezu die Entfernung jener Schlußformel zu verlangen.

Erst als der König selbst sich nach Versailles begab und bei seiner Rückkehr der Jubel über seinen rückhaltslosen, opferbereiten Anschluß an die Sache der Nation und über die durch den ruhmreichen Friedensschluß gesicherte Reichseinheit in immer höher gehenden Wogen aus der Peripherie des Landes nach dem Centrum sich bewegte, glaubte man in Stuttgart endlich ohne Illoyalität auch des Kaisers und Reichs gedenken zu dürfen, und derselbe Oberbürgermeister von Stuttgart, der kaum zuvor die Kaiseradresse unterdrückt hatte, glaubte endlich — am 7. März — zum ersten Mal die Zeit gekommen, um neben dem deutschen Vaterland und den verbündeten Fürsten auch dem deutschen Kaiser in öffentlicher Festrede sein Heil! zuzurufen zu dürfen. Wir

führen diese Kleinigkeiten nur an, um zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten der nationale Gedanke in den tonangebenden Kreisen der Residenz noch zu kämpfen hat. So leicht man sich dort in die Beschränkung der wichtigsten Souveränitätsrechte zu finden mußte, so froh man war, der fortwährenden Streitigkeiten mit der Ständekammer über den Militär-
etat, der schwierigen Entschliefungen in den Fragen der hohen Politik künftighin enthoben zu sein, und so gerne man in dieser Hinsicht alle Sorgen dem Reich überließ, so sehr fühlt man sich jetzt andererseits durch den Gedanken geängstigt, daß die Neugestaltung des Reichs auch ihre Wirkungen auf die socialen Verhältnisse der bisher in künstlicher Weise zum Mittelpunkt des Landes hinaufgeschraubten Residenzstadt, namentlich aber auf das Hofleben äußern könnte. Mit Schmerz sieht man die zunehmende Gravitation der Geister nach Berlin und je höher die sociale Stellung des Einzelnen, um so mehr wird ihm das Streben, dort Boden zu gewinnen, verangt. Man stieß sich daher schon an der bloßen Thatsache, daß ein Fürst von Hohenlohe, ein Fürst von Waldburg-Zeil, ein Graf Rechberg in den Wählerversammlungen um ein Mandat in den Reichstag candidirten. Was sollte auch aus Stuttgart werden, wenn die auswärtige Diplomatie dasselbe verläßt und der hohe Adel den Schluß der Winterfaison künftighin aus Unlaß des Reichstags in Berlin anstatt in Stuttgart zubringt? War es doch bisher nach mehr denn 50jährigen Bemühungen — zuerst durch eine draconische Gesetzgebung, später durch alle Mittel der Courtoisie — nur zur Noth gelungen, den durch Napoleon I. der Krone subjectirten ehemaligen Reichsfürsten echte Unterthanengesinnung einzulösen, und kaum ist die Schöpfung Napoleons in ihren letzten Konsequenzen vernichtet, das Reich rehabilitirt, so beginnen bereits die „Ebenbürtigen“ durch vorbehaltlose Anerkennung des neuen Rechtszustands für sich eine ihren historischen Reminiscenzen angemessene Stellung im Reich zu erstreben. Selbst der ultramontane Erbgraf von Rechberg führte sich jetzt in den Wahlversammlungen in erster Linie „als Loyalen deutschen Reichsbürger“ ein, betheuerte feierlich „die aufrichtige Treue, mit welcher er dem deutschen Kaiser huldige“ und erklärte in Blaubeuren geradezu den württembergischen Landtag für einen „Provinziallandtag,“ und doch hatten die Grafen von Rechberg als die Vorkämpfer der großdeutschen Politik im süddeutschen Adel sich in den letzten Jahren einer ganz besonderen Bevorzugung in Stuttgart zu erfreuen gehabt!

Von diesen Nöthen und Sorgen der Residenzpolitik abgesehen, findet die Stellung, welche das Ministerium in den letzten Monaten zur deutschen Frage eingenommen hat, überall ungetheilte Anerkennung. Zwar erregte es Anfangs nicht geringe Mißstimmung, als unmittelbar nach der Vertagung der Stände das seit dem Abgang Wagnbüllers erledigte Ministerium der auswärtigen

Angelegenheiten durch einen Diplomaten der bundestäglichen Schule, den bisherigen Gesandten am Pariser Hofe, neu besetzt wurde und gleichzeitig ein allgemeines Avancement in jenem Departement stattfand. Man fragte sich unwillkürlich, wenn sogar die Verhandlungen in Versailles, die wichtigste diplomatische Thätigkeit Württembergs seit einem halben Jahrhundert, durch die Minister der Justiz und des Kriegs geführt werden konnten, wozu bedarf es dann noch künftighin, wo das Reich uns nach Außen viel besser und wirksamer vertritt, der Belastung des Etats mit einer Reihe durchaus nutzloser, ja geradezu schädlicher Stellen? Offenbar hatte „das Bürgerministerium,“ um sich, namentlich während der längern Abwesenheit eines Theils der Minister im Bundesrath zu Berlin, für alle Eventualitäten den Rücken zu decken, sich nach den in Versailles gemachten Erfahrungen in aller Eile bemüht, die früher angedeutete Lücke durch einen Mann aus den Stuttgarter Adelskreisen auszufüllen, von dessen Talent nach den Proben, die er seither in Paris, namentlich bei Ausbruch des Kriegs, abgelegt hatte, durchaus nichts zu befürchten war, von dem man vielmehr aus Gründen, die ich nur andeute, annehmen könnte, daß er sich dem Ministerium für die Zuwendung dieses neuen Postens zu besonderem Dank verpflichtet fühlen werde. Jedenfalls ließ sich zur Vertheidigung des Gesamt-Ministeriums geltend machen, daß die Abschaffung des auf die Verfassung gegründeten Departements der auswärtigen Angelegenheiten, welches längst zu einer Sinecure des württembergischen Adels geworden, nur von der Initiative der Ständekammer bei Gelegenheit der Etatsberathung ausgehen kann.

Dagegen übertraf das Ministerium, dessen Haltung gegenüber dem Landtag noch im December v. J. zu Besorgnissen Anlaß gab, durch die Loyalität, welche es seit dem Antritt dieses Jahres, namentlich aber bei den Reichstagswahlen an den Tag legte, die Erwartungen Aller. Zunächst wurde die berüchtigte Eintheilung der Wahlkreise aus der Zeit der Barmbüler-Golther'schen Preußenheße beseitigt und durch eine den natürlichen und historischen Zusammenhang der politischen Verbände berücksichtigende Eintheilung ersetzt, wobei jede Verfolgung von Parteizwecken wegfiel. Außerdem enthielt sich aber auch das Ministerium jeder Theilnahme an der Wahlagitation, jedes Eingreifens in die Wahlfreiheit der Beamten, wie sie unter dem Golther'schen Regiment bei den Zollparlamentswahlen stattgefunden hatte. Man machte nicht einmal einen Versuch, der nationalen Partei, welche ihre entschiedensten seitherigen Vorkämpfer auf die Candidatenliste setzte, irgendwo einen Gegner unter der Hand entgegenzustellen, sei es nun, daß man es überhaupt zur Zeit im Regierungslager nicht opportun fand, im Gegensatz zu den Nationalen selbständige particularistische Parteiinteressen zu verfolgen, sei es, daß die Männer des unbedingten Regierungsprogramms den Schein vermeiden woll-

ten, als nehmen auch sie an dem „Wettkampf nach Berlin“ Anteil. Es blieben somit für den Wahlkampf nur die großdeutsch-demokratische und die ultramontane Partei übrig.

Die erstere, welche seit Sedan in ihren Pressorganen, der Frankfurter Zeitung und dem — übrigens seit einem halben Jahr nur noch von den Abfällen anderer Blätter lebenden — Stuttgarter Beobachter offen für die französische Republik Partei nahm, die deutsche Armee als eine Bande von Räubern und Mordbrennern charakterisirte und durch weinerliche Klagen über die diesseitigen Verluste, so wie durch Verkleinerung der deutschen Erfolge den nationalen Aufschwung abzuschwächen suchte, mußte seit der Auferstehung des Reichs die Wahrnehmung machen, daß ihr treuester Mitarbeiter seit 1866, die Ultramontanen, einer gemeinsamen Lösung folgend, ihr plötzlich den Rücken kehrten, um im deutschen Reich selbständige Politik zu treiben. Damit war die vollständige Vernichtung der demokratischen Partei besiegelt, und, wenn es eines solchen noch bedurfte, der Beweis geliefert, daß alle scheinbaren Resultate, welche diese Partei des fanatischen Preußenhasses unter der thatsächlichen Leitung von C. Mayer, Schäßle und Sonnemann in den letzten Jahren bei uns errungen hatte, einzig dem Zusammenwirken der Ultramontanen und der conservativen Particularisten zu verdanken waren. Auf der Landesversammlung der Volkspartei am 5. Februar fand denn auch die allenthalben herrschende Verzweiflung an der Zukunft ihren Ausdruck. C. Mayer plaidirte für Wahlenthaltung, um bei der offenbaren Ausichtslosigkeit des demokratischen Candidaten nicht durch die Theilnahme an der Wahl den neuen Rechtszustand, „die Verpreußung,“ anzuerkennen; ein anderer Theil unter der Führung von Walestraße, und den Weisungen der Frankfurter Demokratie folgend, erkannte die Nutzlosigkeit der ferneren Isolirung der süddeutschen Volkspartei, und sprach für den Eintritt in den Wahlkampf in der Hoffnung, sich künftighin außer mit den Jacobiten auch mit der Fortschrittspartei des Nordens, welche der „Beobachter“ bisher als slavische Anbeter der „Machtpolitik“ verachtet hatte, in Verbindung zu treten. Man vereinigte sich schließlich, wie zur Zeit der Zollparlamentswahl, auf den Ausweg, sich als Partei der Wahl zu enthalten, den einzelnen Parteigenossen aber zu überlassen, etwa auftretenden demokratischen oder großdeutschen Candidaten ihre Stimmen zu geben.

Die vereinigten Großdeutschen und Demokraten stellten auch wirklich in 5 Wahlbezirken Bewerber, darunter die aus dem Zollparlament bekannten Auermüller, Mohl und Tafel, auf. Sie bekannten sich sämmtlich zu dem von den Frankfurter Parteigenossen festgestellten Programm, welches in 7 Ziffern: Aufnahme der Grundrechte in die Reichsverfassung, ein verantwortliches Reichsministerium, Mitentscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden, Herabsetzung der Präsenzzeit (für Württemberg, wo man zu Agitationszwecken

eine stärkere Dosis für nöthig erachtete, Herabsetzung auf ein Jahr — anderwärts auf 2 Jahre!), jährliche Feststellung des Militärbudgets durch den Reichstag, Diätenzahlung und ausreichende Sorge für die Invaliden verlangte. Dazu kam dann auch noch als besonderes Lockmittel für die süddeutschen Wähler möglichste Erhaltung der Stammeselbstständigkeit und Abschluß eines Bündnisses mit Oesterreich. Darüber, daß das verantwortliche Reichsministerium mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten in directem Widerspruch stand, machte man sich keine Scrupel, so wenig als aus den Schwierigkeiten eines Bündnisses mit Oesterreich durch Vermittlung des Reichstags. War es doch eben erst „Freund Schäßle“ gelungen, mit seinem großdeutschdemokratischen Programm den Eintritt in ein Ministerium Habietinek-Zirecek, die Maßregelung der Presse und die Verfolgung der deutschnationalen Bestrebungen in Oesterreich in Einklang zu bringen!

Der Erfolg war die gänzliche Niederlage der Partei, welche, wie in Baden und Bayern, keinen einzigen ihrer Candidaten durchzusetzen vermochte.

Nicht viel besser erging es den Ultramontanen. Sie verlangten in erster Linie Aufnahme der in der preussischen Verfassung enthaltenen Bestimmungen über die staatsrechtliche Stellung der katholischen Kirche in die deutsche Reichsverfassung, sowie das Bündniß mit Oesterreich, außerdem accommodirte man sich, um die demokratischen Wähler zu gewinnen, mehr oder weniger den 7 Punkten des Sonnemann'schen Programms. Von 4 Wahlkreisen, in welchen diese Partei Candidaten aufstellte, errang sie nur in Einem, allerdings mit ihrem Führer Probst, dem verbissensten Anhänger der Großdeutschen und ultramontanen Politik, den Sieg. Probst ist vom Zollparlament her als würdiger Genosse von Lucas und Ewald bekannt, er war es, der s. Z. dem Reichskanzler die Drohung mit der französischen Lawine in's Gesicht geschleudert, bei dessen Geburtstagsfeier in Berlin die süddeutsche Fraction das Großherzogthum Baden als Brautgabe für den Südbund zwischen Württemberg und Bayern vertheilt hatte. Auch jetzt wieder erregten seine Wahlreden durch ihre Frömmelei und durch ihre Maßlosigkeiten gegenüber den Preußen allgemeines Aufsehen. So sagte er, nach den nicht widersprochenen Berichten der Presse, in einer Wahlversammlung zu Ravensburg, Preußen habe seine Siege in diesem Krieg nur Bayern zu verdanken, diese hätten sich am tapfersten bewiesen, bei Gravelotte seien sie nicht dabei gewesen, deswegen habe man dort eine Schlappe erlitten, über welche man noch jetzt mit den Verlustangaben zurückhalte und Aehnliches mehr! Von zwei weiteren Katholiken, welche gewählt wurden, dem Fürsten Waldburg-Zeil und dem Kreisgerichtsrath Streich, hat der erstere ein entschieden nationales Programm aufgestellt, auch mit Unterstützung der nationalen Partei den Wahlkampf mit einem ultramontanen Bewerber (Wahlkreis 16) aufgenommen; Streich dagegen galt

bisher als ein Anhänger der großdeutschen und ultramontanen Partei, war ein Clubgenosse Mohls, gegen den er jetzt in demselben Wahlkreis (13) in den Kampf eintrat. Um die Wahl des letzteren, der, wenn auch unschädlich, doch durch seine endlosen Reden eine unerträgliche Qual für den Reichstag, wie bisher für das Zollparlament gewesen wäre, zu beseitigen, und da man auf die Durchsetzung eines erprobten nationalen Candidaten in dem stark katholischen Bezirk verzichten mußte, vereinigte die nationale Partei ihre Stimmen auf Streich, nachdem derselbe im Landtag für die Reichsverfassung gestimmt und den Wählern zu Gaildorf die Zusage gemacht hatte, daß er der katholischen Partei im Reichstag nicht beitreten werde.

Außer diesen beiden nicht ausschließlich auf die Rechnung der nationalen Partei zu setzenden Wahlen hat diese letztere in 12 Wahlkreisen (von im Ganzen 17 Kreisen) ihre Candidaten theils mit Stimmeneinheitlichkeit, theils mit großen Majoritäten durchgesetzt, und auch bei den zwei noch ausstehenden engeren Wahlen (Wahlkreis 8 und 9) ist nach dem Ergebnis der Vorwahl an ihrem Sieg nicht zu zweifeln, so daß Schwaben in Wahrheit unter 17 Abgeordneten nur einen einzigen Gegner der Neugestaltung des deutschen Reiches nach Berlin sendet, den einzigen Ueberrest zugleich aus der bekannten Schaar der 17 Zollschwaben.

Jene 12 Abgeordnete sind nach der Reihenfolge der Wahlkreise: Kaufmann G. Müller (1), Professor Dr. Reyscher (2), Staatsrath Goppelt (3), Dr. D. Elben, Redacteur des schwäbischen Mercur (4), Fabrikdirector Reßler (5), Staatsminister von Wagner (6), Commerzienrath Chevalier (7), Rechtsanwält Hölde (10), Obertribunalrath Weber, Präsident der Kammer der Abgeordneten (11), Fürst Hermann von Hohenlohe-Langenburg (12), Professor Römer (14), Rechtsanwält Schmid (15). Hölde und Römer sind als die Vorkämpfer der nationalen Partei Schwabens, G. Müller durch seine Thätigkeit im Vorstand des deutschen Handelstags bekannt; des letzteren Wahl in der Residenzstadt Stuttgart war wohl neben der Wahl Römers diejenige, welche den bisherigen Particularisten die größte Ueberwindung kostete. Reyscher war bis zum Jahr 1849, wo er wegen eines mißfälligen ihm fälschlich beigelegten Artikels in der damaligen „Deutschen Zeitung“, wie neuerdings Pauli gemahregelt wurde, ordentlicher Professor der Rechtswissenschaft in Tübingen, seitdem lebt er als Privatgelehrter in Cannstatt. Goppelt, wie Müller dem Handelsstand angehörig, war im Märzministerium 1848/49 Finanzminister und ist seit langen Jahren ein treuer Anhänger der nationalen Sache. Freiherr von Wagner war bekanntlich unter dem Ministerium Barmbüler der einzige Minister, an dessen deutscher Gesinnung Niemand zweifelte, der Reorganisator des Württembergischen Militärs nach dem Jahr 1866, dem allein das Verdienst gebührt, daß unsre Truppen im

Sommer d. J. trotz der äußersten Beschränkung des Militär-Stats durch die Ständekammer schlagfertig in's Feld rücken konnten. Er wurde zum Danke für seine Leistungen im Frühjahr v. J. bei dem Sturm der Volkspartei gegen das von ihm nach Preussischem Muster eingeführte Kriegsdienstgesetz von seinen Collegen der „Volkstimmung“ geopfert; jetzt wird er von Tübingen und Reutlingen, den bisherigen Domänen der groß-deutschen Demokratie nach Berlin gesandt. Fürst Hohenlohe-Langenburg ist der einzige unter den schwäbischen Standesherrn, der ohne Rücksicht auf seine fürstliche Stellung und die Beziehungen zum Hof seit dem Jahr 1866 in den schwierigsten Zeiten treu zur deutschen Partei hielt; auch jetzt zeichnete sich sein Programm dadurch vor allen andern aus, daß es am meisten den Anforderungen des Liberalismus gerecht wurde, insbesondere die Nothwendigkeit der Ergänzung der Reichsverfassung in wahrhaft constitutionellem Sinn, die Aufstellung eines verantwortlichen Reichsministeriums und die Verminderung der Militärlast befürwortete.

Uebrigens lehnte es die deutsche Partei in Schwaben, welche bisher die Elemente der nationalliberalen und freiconservativen, theilweise auch der Fortschrittspartei des Nordens zum gemeinsamen Kampf gegen die vereinigte ultramontane, demokratische und particularistische Partei zusammenschloß, bei den Wahlen ab, ein gemeinsames bindendes Programm in der einen oder andern Richtung aufzustellen: mit Bestimmtheit läßt sich übrigens schon jetzt behaupten, daß sämmtliche oben genannten Abgeordneten sich zwischen der national-liberalen und freiconservativen Partei vertheilen werden.

Am meisten dürfte wohl das Programm Römers, der mit Rücksicht auf seine schneidige Energie, die Klarheit seiner Ziele und seine umfangreichen politische Bildung die hervorragendste Stellung unter den schwäbischen Abgeordneten einnehmen wird, der Stimmung der nationalen Partei und der Mehrheit der Gewählten entsprechen. Ihm gilt es vor Allem, die Reichsverfassung ihrem Geist nach in's Leben einzuführen, sie gegen jeden Angriff, namentlich gegen jede Gefährdung durch das Wiedererwachen des Particularismus zu vertheidigen. Namentlich tritt er dem Verlangen entgegen, sofort wieder Aenderungen in der Verfassung vorzunehmen, und mit dem Einreißen dessen zu beginnen, was eben erst aufgebaut worden sei. Ein Sturm auf die Grundbestimmungen der Verfassung würde überdies einen Conflict mit dem Bundesrath herbeiführen, während wir in der nächsten Zeit der Einigkeit der Reichsgewalten dringend bedürfen; würde eine großartige politische Agitation nöthig machen, während uns Friede und Versöhnung im Innern so nöthig sei; würde endlich ohne Zweifel die föderativen Elemente der Verfassung, namentlich die Bedeutung des Bundesraths gefährden, auf welche man in Württemberg und Bayern so großen Werth lege. Die Loyalität erfordere,

daß man der Reichsverfassung eine ehrliche Probe gestatte, man sei dieß namentlich auch den süddeutschen Regierungen schuldig. Römer weist daher auch das Drängen auf Diäten und auf Einführung eines verantwortlichen Reichsministeriums zur Zeit entschieden zurück und hebt hervor, daß die Verminderung des Aufwandes für das Meer bedingt sei durch die Lage der großen Politik.

Wir können constatiren, daß diese Grundsätze, namentlich das Verlangen einer ehrlichen Probe mit der neuen Verfassung nicht nur in Römer's, sondern auch in andern Wahlkreisen überall den ungetheilten Beifall der Wähler fand und sehen hierin, Angesichts der überschwänglichen Versprechungen der demokratischen und ultramontanen Candidaten, einen Beweis dafür, daß es der in Schwaben während der letzten 6 Jahre herrschenden groß-deutschen Phrase nicht gelungen ist, den gesunden politischen Sinn der Massen auf die Dauer zu corrumpiren.

Zum Schluß noch einige statistische Notizen über die Wahl. Im Ganzen haben in sämtlichen Wahlkreisen ca. 50 Proc. der Wähler abgestimmt, eine sehr große Betheiligung, wenn man bedenkt, daß in 8 Wahlkreisen (1. 2. 4. 5. 7. 10. 11. 14.) die nationalen Candidaten keine Gegner hatten, in zwei weiteren aber die demokratischen Bewerber nicht mehr den Muth zur persönlichen Bewerbung besaßen und sich auf die Publication ihrer Programme beschränkten, so daß es hier an einem Wahlkampf ganz fehlte.

Von den abgegebenen Stimmen fielen auf die nationalen Candidaten in allen 17 Wahlkreisen zusammen 152,848, auf die demokratischen 17,442, auf die ultramontanen 17,643. Vier von den Nationalen vereinigten auf sich zwischen 10 und 17,000, Sechs zwischen 9 und 10,000, Drei zwischen 7800 und 9000 Stimmen. Diese Zahlen bedürfen wohl keines Commentars.

α.

Aus der deutschen Hauptstadt.

Mit dem 18. März 1871 ist die Erhebung Berlins zum Range der deutschen Residenz perfect geworden; die heutige Frühsonne beleuchtete zum ersten Mal das bescheidene Haus, welches der „Prinz von Preußen“ sich der-einst gebaut, als Wohnung eines Kaisers.

Der gestrige Einzug des „Königs Wilhelm“ (wie die meisten Berliner noch sagen — nur unsere Semiten sprechen mit fehlerloser Consequenz beständig vom Kaiser) wird zu manchen vorausgegangenen Ereignissen in Paral-